

PDS

Der Schatz der Arbeiterklasse

Die PDS, die nun in Berlin regieren will, tat nach der Wende alles, um das SED-Vermögen für die eigene Parteiarbeit zu sichern. Dokumente zeigen, dass Millionenbeträge an verdiente Genossen gingen.

Die Mauer war gerade gefallen, da saß der Kassenswart Gerd Pelikan in seinem Büro im ehemaligen Gebäude der Reichsbank in Berlin und hatte Milliarden zu viel – zwar nur Mark der DDR, aber davon gleich 6,2 Milliarden.

Das Geld musste weg, bevor der Kapitalismus kam.

40 Jahre lang hatte die deutsche Arbeiterklasse für ihre Vorhut, die SED, geschuftet, Alugroschen um Alugroschen in die Parteikasse abgegeben, ohne je gesagt zu bekommen, wofür eigentlich; sie hatte ihre Gesundheit in volkseigenen Betrieben ruiniert, nur um zu sehen, dass die Gewinne irgendwo in Berlin verschwanden – und nun saß Pelikan, vor der Wiedervereinigung letzter Verwalter des Vermögens der PDS, vormals SED, in seinem Büro und musste den Sparstrumpf der deutschen Arbeiterklasse für die Partei in Sicherheit bringen.

Pelikan ist ein Biedermann mit hoher Stimme, der in den wirren Wendezeiten in sein Amt rutschte, „weil er“, so ein Genosse von damals, „irgendwann mal eine Buchung gemacht hatte“.

Die 6,2 Milliarden Ostmark liquide Mittel waren auf verschiedenen Konten geparkt oder bar gelagert im Panzerschrank 28 im alten ZK-Gebäude der SED. Er erwies sich als wahre Schatztruhe. Neben Dollar und Westmark barg er goldene Uhren, Trauringe, Silberbarren, Goldmünzen und etliche Verdienstorden.

Nicht veranschlagt bei der Wertermittlung zum 1. Januar 1990 wurde ein Batzen Zahngold im Safe, vorsorglich angeschafft, um der kränkelnden Elite des Arbeiter-



Postkommunisten Gysi, Bisky, Bartsch*: Wenig Hilfe von den neuen Herren

und-Bauern-Staates auch in schlechten Zeiten ein breites Lächeln zu ermöglichen. Ebenfalls unberücksichtigt blieben der umfangreiche Immobilienbesitz, der Wert der zahlreichen parteieigenen Betriebe sowie Gelder, die bereits die SED vor dem Mauerfall im Ausland investiert hatte.

Doch die Zeit drängte. Es war nur noch eine Frage von Wochen, bis die ersten

* Im Januar 1999 auf dem PDS-Bundesparteitag in Berlin.

freien Wahlen – sie waren für den 18. März 1990 geplant – die Partei endgültig von der Macht verdrängen würden. Also machten sich die Genossen über die 6,2 Milliarden her.

Nie zuvor in der deutschen Parteigeschichte hat eine Partei so viel Geld verschoben wie die PDS bei ihrem Neuanfang. In nur sechs Monaten schmolz das gigantische Vermögen zusammen. Es wurde gespendet, verschenkt, gewaschen und auch, scheinbar ganz seriös, an den Staatshaushalt der noch existierenden DDR abgeführt oder in den Partei-Rentenfonds gesteckt (siehe Grafik Seite 42). Am 1. August 1991, es zählte allein die Westmark, waren nur noch 205,7 Millionen Mark in der PDS-Kasse, die dann an die Bundesrepublik gingen.

Seit elf Jahren müht sich die noch von der DDR-Volkskammer eingesetzte Unabhängige Kommission zur Überprüfung der DDR-Parteivermögen (UKPV), die Geldflüsse nachzuvollziehen. Auch versuchte die Kommission zu ermitteln, welche Summen auf Umwegen letztlich wieder in den PDS-Kassen landeten – und vielleicht heute noch landen. Auf eine wirkliche Mithilfe der neuen Herren

in der Partei hofften die Kontrolleure allerdings vergebens. „Die PDS hat versucht, Vermögen zu verstecken, und kaum eine unserer Fragen dazu richtig beantwortet“, sagt UKPV-Chef Christian von Hammerstein, der im August 1998 einen vorläufigen Abschlussbericht seiner Kommission vorlegte.

Tatsächlich hatte der PDS-Vorstand um den damaligen Vorsitzenden Gregor Gysi, dessen Nachfolger Lothar Bisky und die

Finanzchefs Wolfgang Pohl und Wolfgang Langnitschke selbst beschlossen, das Geld nicht nur als Beute, sondern auch als Kapital zu betrachten. Schließlich hatte Karl Marx im ersten Band des „Kapital“ geschrieben, dass die erste Phase des Kapitalismus, die „ursprüngliche Akkumulation“, mit guten Sitten nur wenig zu tun habe.

Wohin und in welchen Teilbeträgen die 6000 Millionen DDR-Mark in diesen wilden sechs Monaten auch flossen – stets war das Bemühen zu spüren, so viel wie möglich der eigenen Klientel zuzuschustern, wenn nicht gar über Strohmannen das Geld im Verfügungsbereich der Partei zu parken.

So manches Detail der milliardenschweren Geldverschiebung in der Zeit der Wende ist in den vergangenen Jahren bereits bekannt geworden – neben der UKPV und der Treuhand mühten sich auch zwei Untersuchungsausschüsse des Bundestags um Aufklärung. Doch wie trickreich und mit welcher gigantischen Summen die PDS damals tatsächlich agierte, weiß die Öffentlichkeit bis heute nicht.

In merkwürdiger Eintracht gingen die anderen Parteien mit eher leichter Hand über die bislang vorliegenden Erkenntnisse hinweg. Sie verzichteten sogar darauf, die SED/PDS-Geldtransaktionen im Wahlkampf groß zu thematisieren. Lag es daran, dass zumindestens CDU und FDP ebenfalls kräftig vom Vermögen der DDR-Blockparteien profitierten?

Nun aber, da die dunkelroten Trickser von einst in einer Koalition mit der SPD die marode Hauptstadt sanieren sollen, stellt sich die Frage nach dem Umgang mit Staatsgeldern und der Verantwortung für den PDS-Finanzskandal neu. Im Zentrum der Affäre: Gysi, damals wie heute Vormann der Postkommunisten.

Auch bröckelt nach einem Jahrzehnt des kollektiven Schweigens das Kartell der Vertuscher. Vernichtet geglaubte Dokumente tauchen auf, neue Details der Geldströme werden bekannt. Und das Misstrauen, die PDS könne womöglich noch heute vom versteckten Vermögen zehren, wächst wieder. Zwei Jahre nach Auffliegen der Schwarzkonten-Affäre der CDU liegt der Verdacht nahe, auch die PDS könnte sich folgenswerer Verstöße gegen die Grundsätze einer sauberen Parteienfinanzierung schuldig gemacht haben. Aus vielen dieser Transaktionen,



SABINE SAUER

Bevollmächtigter Pelikan (1990)
„Wir haben so viel Geld“

ren danach mal ein roter Heißluftballon als Werbegag gebraucht, wurde er einfach für 200 000 Mark gekauft. Das alles, pflegt der heutige Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch zu sagen, lasse sich aus einem Beitrags- und Spendenaufkommen von jährlich rund 24 Millionen Mark bezahlen.

Wobei die Spenderstruktur der PDS im Vergleich zu den übrigen Parteien eine ganz spezielle ist: Sie verfügt über nur wenige Großspender, deren Namen offen zu legen wären. Das meiste Geld kommt in Kleinbeträgen unter 20 000 Mark rein, die nach dem Parteiengesetz nicht kennzeichnungspflichtig sind. Der Rechenschaftsbericht 1999 der PDS weist aus, dass 23 Millionen Mark sogar durch Einzelspenden von jeweils weniger als 6000 Mark zusammenkamen – und das bei einer Partei, die sich als Anwalt der Zu-kurz-Gekommenen versteht.

Das alles macht die Kontrolleure misstrauisch. Während die Zeitungen anderer Parteien als Wochenblätter herumkriechen, erscheint das PDS-nahe „Neue Deutschland“ seit Jahren unbeirrt als Tageszeitung, obwohl das Blatt kaum Anzeigen aufweist. Er habe mal, klagt Hammerstein, Geschäftsführer Bartsch gefragt, wie seine Partei das finanziere – „und nur die flapsige Antwort bekommen: „Die PDS hat eben opferbereite Spender““. Dass das Geld für die Zeitung aus dem ersparten Schatz der DDR-Arbeiterklasse stammen könnte – diese Vermutung weist Bartsch weit von sich.

Die Intention der früheren Einheitssozialisten, das übernommene Vermögen in die neue Zeit zu retten, ist jedenfalls unbestritten. „Die PDS würde es

Vollmacht von Gysi: „Belastet uns nicht mit Details“

bestätigt heute der frühere Schatzmeister des PDS-Landesverbandes Sachsen-Anhalt, Matthias Hertel, „ist Geld an die Partei zurückgeflossen“. Auch Chef-Kontrollleur Hammerstein glaubt, „dass die Wahrscheinlichkeit nicht geringer geworden ist, dass die PDS immer noch über unbekannte Kassen und Gelder verfügt“. Dabei könne es sich um „ein Konto in der Schweiz“ handeln oder um das Guthaben „eines braven Parteisoldaten, der im Plattenbau sitzt und das PDS-Geld von 1990 immer noch auf der Kante liegen hat“ (siehe Interview Seite 45). Die PDS bestreitet das.



GRAHN / LUFTBILD UND PRESSEPHOTO

Altes ZK-Gebäude der SED: Wahre Schätze im Panzerschrank

Das Milliarden-Karussell

So verteilte die PDS die Geldbestände

490 Mio. DDR-Mark
an ca. 160 PDS-Mitglieder
als geparkte Darlehen sowie
Firmengründungskapital

121 Mio. D-Mark
Kapitalparkversuche im Ausland
durch PDS-Vorstandsmit-
glieder auf Konten in Oslo,
Utrecht, Luxemburg und
Moskau

456 Mio. DDR-Mark
direkt verteilt an PDS-Kreisverbände
(u. a. Vergabe
für Firmengründungen
von Genossen)

AUGUST 1991

205,7 Millionen D-Mark
Restbestand in der PDS-Kasse, der
von der Treuhand für den Aufbau in den
neuen Ländern verwendet werden konnte

437 Mio. DDR-Mark
Kapital-
bereitstellung
für Stiftungen
(darin 75-Millionen-Spende über
Abdel Majid Younes an Islamische
Religionsgemeinschaft sowie
55 Millionen für die Marx-Engels-Stiftung)

380 Mio. DDR-Mark
ausgezählte
Abfindungen an
Parteimitarbeiter

750 Mio. DDR-Mark
Rentenkasse-Einlage für Partei-
mitglieder

3,041 Mrd. DDR-Mark
Abgabe an den Staat,
größtenteils nach Vorgabe-
listen der PDS verteilt,
u. a. für Henschel-Verlag
und Jugendweihe-Ausschuss

1. JANUAR 1990

**6,2 Milliarden
DDR-Mark**
liquide Mittel der PDS

Annäherungswerte; DDR-Mark wurde am 1.7.1990 2:1 in D-Mark getauscht

Nr. A 1109889“) und bestätigte, dass dieser „alleinvertretungsberechtigt“ sei.

Als Zeuge vor dem Berliner Landgericht verweigerte Gysi 1995 die Aussage, „um mich nicht selbst zu belasten“, und erklärte lediglich, er habe „keine Kenntnis von Geldverschiebungen gehabt“. Heute sagt Gysi, die Vollmacht sei nötig gewesen, „damit ich nicht immer alles selbst unterschreiben musste“. Er habe für die reine Parteiarbeit „einen Stellvertreter gebraucht“. Immerhin räumt er ein, „da sind Dinge gelaufen, die wären besser nicht gelaufen“. Sein damaliger Stellvertreter Wolfgang Pohl beschrieb dagegen die Parteilinie so: „Die Strategie ist beschlossen, das ‚Wie‘ ist eure Sache, belastet uns nicht mit Details.“

Also musste Pelikan zusehen, wie er die

Darlehensbeträge sicher in den Kapitalismus schleusen konnte. Das Problem, vor dem er sich sah: Er war kein Anleger. Er hatte nie gelernt, mit Geld zu wirtschaften. Genauso wenig wie die ganze Einheitspartei. Hätte die SED es gekonnt, wäre die DDR nie so jämmerlich untergegangen.

In den folgenden Wochen wurde gegründet, beglaubigt, umgeschrieben und verschoben wie zu den besten Wirtschaftswunderzeiten. Im Büro der Notarin Herrmann in der Neuen Roßstraße, 500 Meter vom ZK-Gebäude entfernt, standen die Neukapitalisten mit dem PDS-Partei-buch Schlange. Für Herrmann keine ungewohnte Aufgabe: Als es die DDR noch wirklich gab, war sie als Lottofee des Ostens für die Beglaubigung der wöchentlichen Hauptgewinne zuständig.

„Das war wie im Film. In Honeckers Arbeitszimmer im ZK-Gebäude stand noch die Gitarre von Udo Lindenberg im Schrank“, sagt Wolfgang Wenzel, eine der schillerndsten Gestalten im damaligen PDS-Filz. „Keiner wusste, was eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts war, geschweige denn, wie man so etwas gründet. Auch Pelikan nicht. Ich hatte dagegen schon eine Firma.“

Wenzel sieht aus wie ein Buddha mit doppelten Ringen unter den Augen. Ein Fass von Mann, kettenrauchend und so schnell mit dem Wort, dass er für Wörter wie „Oberhausen“ nur eine Silbe braucht.

Damals war Wenzel wohl der einzige Westler mit Arbeitszimmer im ZK-Gebäu-

heute nicht geben, hätte man diese Maßnahmen damals nicht getroffen“, sagt Bartsch heute, der 1991 Schatzmeister wurde.

Gysi selbst hatte auf dem Parteitag im Dezember 1989 die Delegierten beschworen, „keine Auflösung der SED zu beschließen, da sonst das Parteivermögen verloren geht“. Vier Tage nach der Umbenennung wurde eine elfköpfige „Arbeitsgruppe zum Schutz des Vermögens der SED/PDS“ eingesetzt – ihr Chef war Gerd Pelikan.

Die „wirksamen Schritte gegen Angriffe auf das Eigentum der SED/PDS“ (Parteitagsauftrag) zeugen teilweise von krimineller Energie. Eine Idee, so stellte das Landgericht Berlin 1995 in einem Prozess gegen unreue Nutznießer des PDS-Vermögens fest, habe Anwalt Gysi selbst entwickelt und gleich den ausgeklügelten Plan mitgeliefert, „sich zur Vermögenssicherung der Vergabe von Darlehen zu bedienen und diese mit Treuhandverhältnissen zu kombinieren“.

Was so kompliziert klingt, schien ganz einfach. Bewährte Parteigänger sollten von der PDS Darlehen erhalten, das Geld für die Partei in Firmen investieren oder aufbewahren – und es bei Bedarf zurückgeben. Kurz: spe-

zielle schwarze Kassen für rote Genossen.

Am 17. April 1990 wurde Pelikan bevollmächtigt, „für den Parteivorstand der PDS auf der Grundlage von Beschlüssen des Parteivorstandes der PDS Treuhand- und Darlehensverträge zu schließen und alle hierzu erforderlichen Erklärungen abzugeben“. Die Vollmacht, ausgestellt auf einem Briefpapier des Parteivorstandes, hat Gregor Gysi persönlich unterschrieben, dem offiziellen Briefkopf wurde noch mit der Schreibmaschine ein „Vorsitzender“ hinzugefügt. Unter der Urkunde Nummer 4/1990 beglaubigte die Notarin Sabine Herrmann die Unterschrift Gysis („ausgewiesen durch Personalausweis für Bürger der DDR



PDS-Helfer Wenzel: „Das war wie im Film“

SABINE SALUER

„Neue Hinweise auf Konten“

Christian von Hammerstein, Vorsitzender der unabhängigen Prüfkommision, über die Geldwäscher der PDS

SPIEGEL: Sie fahnden seit 1990 nach versteckten SED/PDS-Vermögen, lohnt sich das noch?

Hammerstein: Sicher. Denn wir haben neue, ernst zu nehmende Hinweise auf unentdecktes SED-Vermögen. Eine Beendigung unserer Ermittlungen wäre jetzt ein falsches Signal.

SPIEGEL: Wo fahnden Sie nach den versteckten Geldern?

Hammerstein: In der Schweiz, Liechtenstein und Osteuropa haben wir Wirtschaftsprüfer im Einsatz. Sie arbeiten im Einvernehmen mit Banken vor Ort. Das war nicht immer so – aber inzwischen hat sich die Kooperation erheblich verbessert.

SPIEGEL: Wen vermuten Sie hinter den Schwarzgeldkonten?

Hammerstein: Treuhänder der SED, die sich heute der PDS verbunden fühlen und das Vermögen über Spenden gewaschen an die Partei zurückschieben könnten.

SPIEGEL: Hat die PDS mitgeholfen, alle Geldverstecke offen zu legen?

Hammerstein: Im Gegenteil. Die Partei hat gezielt und systematisch versucht, riesige Millionenbeträge vor dem staatlichen Zugriff zu sichern – und das nicht nur vor, sondern auch nach Inkrafttreten der gesetzlichen Rechenschaftspflicht im Juni 1990.

SPIEGEL: So dass Sie wie ein Detektivbüro arbeiten mussten?

Hammerstein: Manchmal schon. Erkenntnisse über das Parteivermögen mussten wir durch unendlich mühsame Ermittlungen beschaffen. Zum Glück hatte uns schon die frei gewählte DDR-Volkskammer mit Befugnissen ausgestattet, wie sie sonst nur einer Staatsanwaltschaft oder einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zustehen.

SPIEGEL: Hat sich die PDS-Führung um Gregor Gysi inzwischen ernsthaft von ihren Verschleierungstaktiken distanziert?

Hammerstein: Gysi schreibt in seinem neuen Buch, er habe versucht, „aus der

SED heraus eine neue, moderne, demokratisch-sozialistische Partei für ganz Deutschland zu entwickeln“. Er verliert aber kein Wort darüber, dass „modern“ und „demokratisch“ notwendigerweise auch einen auf finanzieller Chancengleichheit beruhenden Parteienpluralismus voraussetzen. Kein Wort davon, dass die SED ihre absolute Vorherrschaft in 40 Jahren auch dazu genutzt hatte, ein gewaltiges Vermögen aufzubauen, dessen Größe in einem krassen Missverhältnis zu dem der anderen Parteien stand. Und er ver-



Chef-Fahnder Hammerstein: „Spenden an die Partei“

schweigt, dass selbst nach der Wiedervereinigung noch versucht wurde, das Geld für die Partei zu sichern – und es damit dem Wiederaufbau in den neuen Ländern vorzuenthalten.

SPIEGEL: Könnte Ihnen denn ein Sinneswandel der PDS heute noch helfen?

Hammerstein: Es ist nicht zu spät für einen öffentlichen Appell von Gregor Gysi und der PDS-Führung an alle, die als Treuhänder oder wie auch immer im In- und Ausland über SED-Vermögen verfügen, ihr Wissen zu offenbaren. Nur so könnten sie dem politischen Willen gerecht werden, dieses Vermögen den Menschen in dem bis zur Wende von der SED beherrschten Gebiet zugute kommen zu lassen.

de. In den Siebzigern war er mit Parka und Protestbart durchs westfälische Minden gelaufen und hatte sich der DKP angeschlossen, weil die dort für eine bessere Welt stand. Wenzel wollte ein großer Dokumentarfilmer werden. Er drehte Werbefilme für den West-Berliner SED-Ableger SEW, ohne an dessen Wahlergebnis auch nur das Geringste zu ändern, und lernte so den damaligen Direktor der Hochschule für Film und Fernsehen, Lothar Bisky, kennen.

Nach dem Mauerfall im November 1989 führte Bisky ihn durchs ZK, und Wenzel blieb gleich da. „Bis dahin war alles ganz normal“, sagt er heute.

Das Büro von Gerd Pelikan lag nur zwei Türen weiter. Wenzel erinnert sich: „Der sagte: Wir haben so viel Geld, auf dem wir rumsitzen. Ob wir das nicht gebrauchen könnten. Dann haben wir uns schlaugemacht.“ Das Ergebnis: ein PDS-Medienimperium, an dem sich Bisky beteiligte. Die „EMG“-Gruppe bekam 21 Millionen

Mark vom Parteivorstand, davon 15 Millionen als Darlehen, den Rest über fingierte Rechnungen.

In diesen Wochen war das lang angekündigte „Reich der Freiheit“ in Ost-Berlin endlich Wirklichkeit geworden. Jedenfalls für einige. „Man tippte fünf Seiten Ideologie und drei Zeilen Zahlen, schrieb Vorlage drüber und reichte es weiter an den Parteivorstand“, sagt Wenzel. „Der nickte das ab, und du konntest dir den Scheck abholen, in der Kasse im Kellergeschoss.“ Die Schecks waren kleine grün bedruckte Formulare aus holzhaltigem Papier. Aber das Geld, das man mit ihnen bekam, ließ sich gegen Westmark umtauschen.

Im Sommer 1990 stand Wolfgang Wenzel mit Anwalt und einer Plastiktüte im Foyer einer Luxemburger Bank. In der Tüte waren drei Millionen Mark. „Die Banker wollten das Geld nicht nehmen“, sagt Wenzel heute. „Die dachten, das sei Drogengeld. Die sagten: ‚Beweisen Sie uns, dass es SED-Geld ist.‘“ Schließlich fand sich ein DDR-Botschaftsrat, der mit Unterschrift, Briefkopf und Stempel aushelfen konnte. „Dann war alles gut.“ Aber nicht lange.

Heute ist Wenzel offiziell zahlungsunfähig und ansonsten mit dem Aufbau eines Softporno-Fernsehsenders beschäftigt. Über die frühen Neunziger sagt er: „Es war eine schöne Zeit.“

Nur einmal noch sollte es so schön sein wie damals im ZK, als Gerd Pelikan die kleinen, grün gedruckten Schecks ausschrieb. Das war Mitte der neunziger Jahre, als der damalige nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Wolfgang Clement das Ruhrgebiet zum Hightech-Hollywood umbauen wollte. Über 100 Millionen Mark an Fördermitteln flossen in das

Filmkombinat HDO in Oberhausen, das den Markt für hoch auflösendes Fernsehen erobern sollte. Das Projekt scheiterte, als sich der Weltmarkt für eine andere Norm entschied.

Einer der Geldempfänger war kein anderer als Wolfgang Wenzel mit seiner Medienfirma EMG, und er konnte sein Glück nicht fassen: „Es war ein wunderschönes Spiel für mich. Wir sollten virtuelle Welten schaffen. Das Geld war da, und wir hatten das Wissen.“

Es war wie einst im Sozialismus.

Oder wie 1990.

Die Liste der damals von der PDS Beachteten liest sich, als hätte jemand blind ins Branchenbuch getippt:

- ▶ East Asia Consult GmbH (253 406 Mark);
- ▶ Anglerparadies Chemnitz (600 000 Mark);
- ▶ 1-2-3 Idee, Satz & Druck GmbH iG Rostock (404 561 Mark);



ANDREAS ALTWEIN / DPA

Ehemaliger PDS-Finanzstrategie Langnitschke (1992), Darlehensvorschlag: „Nach dem Umtausch könnten die Mittel wieder dem Haushalt der PDS zugeführt werden“

tei wegzubekommen und mit größerer Wahrscheinlichkeit zu einem deutlich günstigeren Umtauschsatz (wahrscheinlich 2:1 oder 3:1), als es für die PDS erfolgen wird, umtauschen zu können. Nach dem Umtausch könnten die Mittel wieder dem Haushalt der PDS zugeführt werden.“

Gregor Gysis Reformpartei wollte die neue Zeit ab 1. Juli 1990 mit kreativer Umtauschtechnik beginnen. Auch von diesem letzten und größten Zwangsumtausch wollte sie profitieren und ihre DDR-Mark zum besten Kurs in harte Westmark umrubeln, der eigentlich nur Privatpersonen zustand. Angenehmer Nebeneffekt: Auf diese Weise wurde ein Netzwerk gewogener Genossen geschaffen, die sich nicht von den SED-Erben verlassen fühlten und nun den neuen Herren ebenso treu und klaglos dienten wie dem untergegangenen Arbeiter- und Bauern-Staat. Gysi und seine PDS machten

und Kreisvorständen nahe, mit dem Geld „zuverlässige Genossen bei der Übernahme von Gaststätten, die als Treffpunkte der Partei genutzt werden können, zu unterstützen“. Und zwar durch „gezielte Ausgabe von Darlehen“. Das Kapital für den notgedrungenen Kapitalisten stellte die Partei. Da habe dann „jeder Kreisverband der PDS sein Ding gemacht“, habe an einzelne Personen bis zu 100 000 Mark Darlehen verteilt, erinnert sich Sachsen-Anhalts Ex-Schatzmeister Hertel. Bis ins Jahr 1995 habe es auch Rückflüsse gegeben, mit denen dann „bisweilen locker umgegangen wurde“. Hertel: „Geld ist Geld, haben die Genossen in den Kreisverbänden gesagt, und einiges eben für die laufende Parteiarbeit verwendet oder auf Festgeldkonten angelegt, statt es korrekterweise via UKPV an den Staat abzugeben.“

Wie effektiv das teuer erkaufte Netz der Sympathie bis heute zu Gunsten der PDS

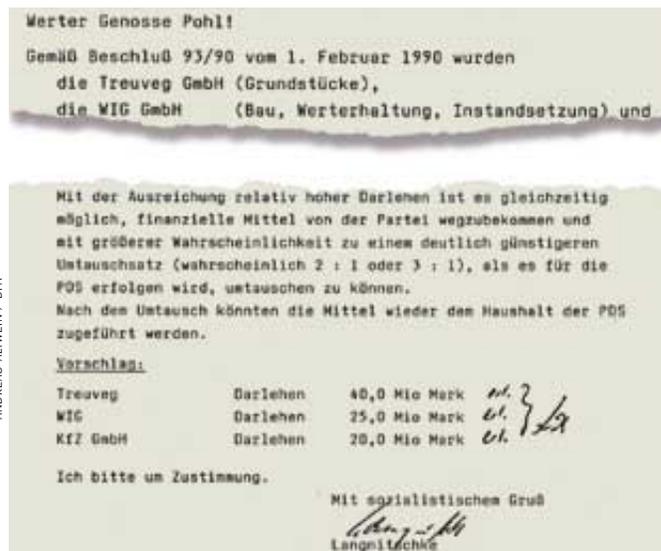
wirkt, zeigt der Fall des Werbemittel-Herstellers Abakus.

Insgesamt 1,7 Millionen Ostmark gingen im Juni 1990 von vier Bezirksvorständen an die gerade aus der Taufe gehobene Abakus GmbH. Den finanziellen Rückenwind nutzten die einstige Abteilungsleiterin im Dienstleistungskombinat Magdeburg, Angelika Hess, und der dort als Grafiker tätige Thomas Westermann. Sie gewannen zwei Herren aus dem Ruhrgebiet, die schon gute Geschäfte mit der bundesrepublikanischen DKP gemacht hatten, als weitere Gesellschafter. Das Geld, sagt Hess, „war kein Geschenk, das war ein Parteauftrag. Dafür sollten wir Sachen für den Bundestags-Wahlkampf der PDS herstellen“.

„Noch heute ist die PDS Kunde bei der in Magdeburg, Brandenburg und Riesa ansässigen Abakus. Schließlich mag das Konsortium, aus dem Westermann 1997 auschied, so Hess, „Partner, denen es eine Freude ist, mit uns Geschäfte zu machen“. Und wer Abakus kenne, wisse, „dass wir nicht um Pfennig feilschen“.

Auch auf den verdienten Sportfunktionär des Volkes, Klaus Eichler, ist Verlass. Der frühere hauptamtliche FDJler und Chef des Deutschen Turn- und Sportbundes der DDR ist alleiniger Geschäftsführer eines unauffälligen Reisebüros in der Danziger Straße in Berlin, genannt „Touristik und Kontakt International“, kurz „TUK“.

TUK ist für all jene, die gern von einem ehemaligen DDR-Botschafter durch Kubas Sozialismus geführt werden möchten. Oder in Schanghai zur Gründungsstätte der KP pilgern wollen. Oder eine Tour durch Berlin machen, auf Wunsch: Zu-



- ▶ Pierrot-Verlag Hamburg (310 639 Mark);
- ▶ Personen-Trans und Fahrschule GmbH (1,5 Millionen Mark).

In allen Fällen jedoch stand hinter den Namen ein bewährter und mutmaßlich zuverlässiger Genosse. Immer musste er ausdrücklich erklären, „dass mein Geschäftsanteil nicht zu meinem Vermögen gehört, sondern von mir für den Bereich Parteifinanzen des Parteivorstands treuhänderisch verwaltet wird“. Die oft unter konspirativen Umständen abgeschlossenen Verträge enthielten Regelungen wie: „Das Treuhandverhältnis (ist) mit größter Verschwiegenheit und Vertraulichkeit zu behandeln.“

Pelikans Mitstreiter, der „Bereichsleiter Finanzen“ Wolfgang Langnitschke, machte kein Geheimnis daraus, um was es ging: „Mit der Ausreichung relativ hoher Darlehen“, schrieb er am 7. Mai 1990, acht Wochen vor dem Beginn der Währungsunion von Bundesrepublik und DDR, an den PDS-Vizechef Pohl, „ist es gleichzeitig möglich, finanzielle Mittel von der Par-

die Fortsetzung des real existierenden Sozialismus möglich, der einer kleinen, feinen Kaderklientel zugute kommt. Das Gefühl wurde durch etliche andere Transaktionen neben der Darlehensvergabe von 490 Millionen Ostmark weiter gefördert. So wurden

- ▶ 437 Millionen DDR-Mark an die unterschiedlichsten Institutionen verschenkt;
- ▶ 380 Millionen an verdiente Parteileute vergeben, zum größten Teil als Abfindungen deklariert;
- ▶ 3000 Millionen Ostmark an den Staatshaushalt der DDR abgeführt – doch die Partei bestimmte weiter mit, wie die Gelder verwendet wurden. Zum Teil flossen sie, als „Fördermittel“ getarnt, wieder an parteinahe Betriebe oder Vereine, etwa die Henschel- und Eulenspiegel-Verlage oder den Jugendweihe-Ausschuss;
- ▶ 456 Millionen DDR-Mark auf die PDS-Kreisverbände verteilt.

In einem Schreiben vom 18. April 1990 legte die Arbeitsgruppe den Bezirks-

sammenkunft „mit ehemals leitenden Repräsentanten der DDR“.

Über TUK besorgte sich Erich Honecker sein Flugticket nach Südamerika, über TUK waren die Karten fürs „FDJ-Fest der Junggebliebenen“ zu bekommen, im Jahr VII nach der Wende.

Zugleich ist die Firma in der Danziger Straße in Berlin ein Auffangbecken für noch rüstige SED-Funktionäre. Welcher andere DDR-Bürger hätte auch über die nötigen Erfahrungen verfügt, ein Reisebüro zu leiten? Zu den TUK-Gründungsmitgliedern gehörten 1990 ein ehemaliger DDR-Botschafter, ein ehemaliger Chef der West-Abteilung im ZK, der jordanische Waffenhändler mit Wohnsitz Pankow, Abdel Majid Younes, und eben Eichler, der bestreitet, ein PDS-Darlehen bekommen zu haben.

Aus Hamburg stieß ein DKP-Funktionär dazu, Arno Rann, der für die Partei ein „Hansa-Tourist“-Reisebüro geführt hatte, mit gutem Erfolg, bis die Sowjetunion 1979 in Afghanistan einmarschierte.



Decker-Villa (in Chemnitz): Erst Pension, dann Bordell

SVEN DÖRING / VISUM

136,4 Millionen Mark von der PDS bekommen, darin enthalten ein Verrechnungsscheck über 75 Millionen für seine „Islamische Religionsgemeinschaft e. V.“. Den hatte die PDS noch schnell einen Tag vor Inkrafttreten der Verfügungssperre ausgestellt und übergeben. 9,4 Millionen erhielt Younes für angeblich geplante Reisen, die die PDS mit TUK vertraglich vereinbart hatte.

Gut ein Jahr lang konnte TUK-Anteilseigner Younes mit dem Gysi-Geld wirtschaften, dann flog die Sache auf. Younes musste die Millionen an die Treuhandanstalt zurückzahlen. Schon im Juli 1990 hatte er seinen Posten als Geschäftsführer der TUK verloren. Anteilseigner blieb er aber zunächst noch.

Die TUK entwickelte sich so prächtig, dass die PDS schon bald in internen Arbeitspapieren Überlegungen anstellte, „den Ausbau des Reiseunternehmens so zu unterstützen, dass es auch weiteren touristischen Einrichtungen“ der Partei dienlich sein könne.

Seine Firma versteht Eichler bis heute als Bastion im Feindesland des Kapitals. Er sitzt im Vorstand des PDS-nahen Unternehmensverbandes Owus und versucht dort, meist über Stammtische, all jene über Wasser und bei Laune zu halten, die unfreiwillig in die Marktwirtschaft geraten sind: „Wir wollen die Seilschaften organisieren, die man uns immer nachsagt und die im Westen sehr gut funktionieren“, kommentierte Eichler die Owus-Gründung.

Die Unternehmer, meist Mittelständler, sind jedenfalls innerhalb der PDS eine Macht. 40 Prozent der Selbständigen im Osten wählen PDS; beim letzten Bundestagparteitag stellten die Unternehmer 18 Prozent der Delegierten.

Nicht selten aber zeigte sich, dass die Genossen mit dem Wirtschaften im Kapitalismus genauso überfordert waren, wie

sie es mit der Planwirtschaft gewesen waren. Manches ging schief. Millionen lösten sich in Luft auf, wurden verspekuliert, auf Sand gesetzt, verjuxt und schlicht verbraten.

Typisch ist der Fall Anglerparadies. Unter diesem Namen gründete Andreas Decker in Chemnitz, vormals Karl-Marx-Stadt, einen Handel für Angler- und Campingbedarf. Am 31. Mai 1990, vier Wochen vor der Währungsunion, bekam er vom PDS-Bezirksvorstand

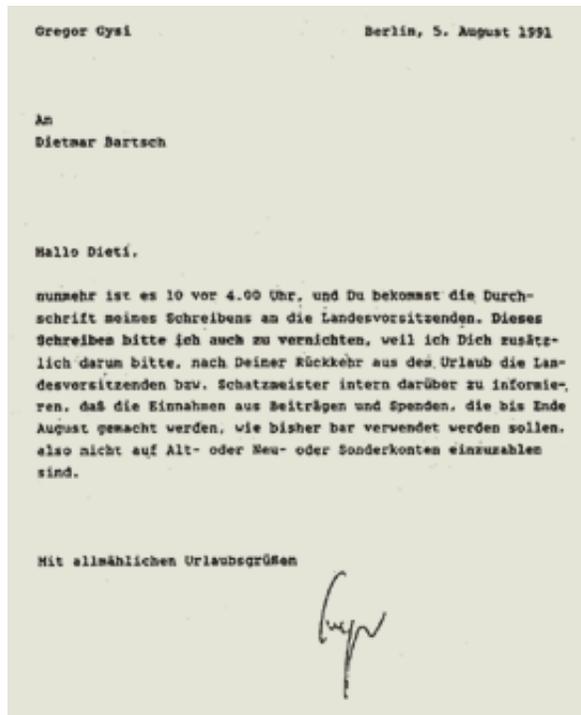
600 000 DDR-Mark als supergünstiges Darlehen, ohne jegliche Sicherheit, überwiesen. Viel Geld für einen 35-jährigen Fliegenfischer; aber seine Mutter war eine bekannte SED-Funktionärin. „Das stand mir ja auch irgendwie zu“, glaubt sie noch heute. „Schließlich war ich jahrelang für die Partei da und habe als Dolmetscherin die russische Garnison betreut.“

Decker besann sich auf seine Beziehungen zur volkseigenen Gebäudewirtschaft und investierte das PDS-Geld in eine alte Fabrikantenvilla in der Lützowstraße in Chemnitz. Darin eröffnete er 1991 die „Erzgebirge Pension“. Als sein Stammgeschäft, das Anglerparadies, mangels Nachfrage 1992 geschlossen werden musste, versuchte es Decker mit einer Gastwirtschaft (für drei Monate), dann mit einer Detektei (Zweck: „Vermittlung von Geschäftsbeziehungen“), schließlich mit einem Abrissunternehmen. Auch der Charakter der „Pension Erzgebirge“ änderte sich. Im Hof liefen große Hunde herum, und vor der Tür parkten Limousinen, aus denen Männer ausstiegen, die weder mit Angelsport noch mit Sommerfrischlern etwas zu tun hatten: Neuer Untermieter in der „Erzgebirge Pension“ war ein Bordell geworden.

Vor drei Jahren wurde das Etablissement nach häufigen Polizeibesuchen geschlossen. Die Villa steht seitdem leer. Am 13. Januar dieses Jahres wurde dem Günstling der PDS sämtliche Gewerbetätigkeit rechtskräftig untersagt, Andreas Decker gilt in Chemnitz derzeit als schwer auffindbar.

Dass sich die Treuhand und die UKPV – trotz des bei den Geldschiebereien derart weit verbreiteten Dilettantismus – so schwer tut, noch vagabundierende PDS-Millionen ausfindig zu machen, ist auch den Wirren der Wende geschuldet. In der Einheits-Euphorie mochte sich nicht einmal der politische Gegner mit den SED-Nachfolgern anlegen, die in den östlichen Bundesländern so viele Sympathisanten hatten.

So waren dem Rechnungshof der DDR in den drei Monaten seines Bestehens „verdächtige Bewegungen beim Vorstand der PDS aufgefallen“. In einer Aufstellung



Gysi-Schreiben (1991): In der Aktentasche vergessen

Gegen Rann wurde später wegen Untreue ermittelt. Seine Firma sei, so die Unabhängige Kommission des Bundestags, „zur Übernahme von Geldern und Immobilien aus DDR-Parteivermögen benutzt worden“.

Ins Gerede kam TUK allerdings erst durch den Mitgesellschafter Younes. Der hatte in besagtem Frühjahr 1990



Abtransport von Ostmark (1990): Zum besten Kurs in harte Mark umgerubelt

vom 15. August 1990 sind 25 Empfänger mit den erhaltenen Summen bis auf die letzte Stelle hinter dem Komma benannt. Rechnungshofchef Gert Henneberg leitete die Liste an den damaligen DDR-Finanzminister Walter Romberg weiter, der die Unterlage schließlich „zur weiteren Veranlassung“ Ministerpräsident Lothar de Maizière übergab.

Danach verliert sich die Spur des Papiers. So kam die UKPV eher zufällig an die konspirativen Darlehensverträge – sie wurden bei einer Durchsicherung der Parteizentrale im Oktober 1990 im Zuge der so genannten Putnik-Affäre gefunden. Eine groß angelegte Geldverschiebeaktion der PDS zwischen Utrecht, Oslo und Moskau war kläglich gescheitert und hatte nur den Staatsanwalt auf den Plan gerufen. Nachdem auch bei späteren Stichproben in den Kreisverbänden Geheimverträge gefunden wurden, registrierte die UKPV insgesamt 160 Darlehensnehmer, die zusammen 490 Millionen Ostmark erhalten hatten.

Ob das aber tatsächlich alle Darlehen sind, ist ungewiss. Vor allem bei der dezentralen Vergabe ist die Dunkelziffer wohl hoch. Bartsch heute: „Da gab es kein System. Jeder, der vorsprach, hatte auch die Chance, Geld zu bekommen.“ Zudem schuf die lange Ermittlungsdauer Fakten – rund 100 Millionen Mark gelten der UKPV derzeit als unwiederbringlich verloren.

Auch hier half die PDS nach Kräften bei der Verschleierung. Sie verweigerte so lange wie möglich, oft auch endgültig, die Herausgabe von Dokumenten. Mitunter wurde schlicht erklärt, die Akten seien versehentlich vernichtet worden.

Dass dabei aber auch kräftig nachgeholfen wurde, zeigt ein Schreiben Gysis an Bartsch („Hallo Dieti“) vom 5. August 1991. Spät nachts („Nunmehr ist es 10 vor 4.00 Uhr“) bat der unermüdliche Vermögensverwalter seinen Helfer, die Landesfürsten „intern darüber zu informieren, dass die Einnahmen aus Beiträgen und Spenden, die bis Ende August gemacht werden sollen, also nicht auf Alt- oder Neu- oder Sonderkonten einzuzahlen“ seien.

Die Nachricht zeigt nicht nur die ganze Bandbreite der Mittel, mit denen die PDS zu tricksen in der Lage war – es beweist auch die Unverfrorenheit, mit der die Postkommunisten selbst bei schon laufenden Ermittlungen die Geldspuren zu verwischen bereit waren. Damit habe er verhindern wollen, sagt Gysi heute, dass sich altes und neues Geld auf den Konten vermischte – und dann womöglich von der Treuhand eingezogen werden konnte. Das

habe er auch mit einem Treuhand-Mitarbeiter, der inzwischen leider verstorben sei, „so ähnlich abgesprochen“.

Dass er vor seinen „Urlaubsgrüßen“ Bartsch aufforderte – „Dieses Schreiben bitte ich auch zu vernichten“ –, erklärt der PDS-Mann mit ganz trivialen Ängsten: Die Absprache sollte nicht bekannt werden, „weil mir klar war, das verstößt gegen Vorschriften“. Und potenzielle Einbrecher sollten nichts vom Bargeld in den PDS-Büros erfahren.

Für die Aktenvernichtung hatte sich die PDS schon zum April 1990 zwei Spezialmaschinen mit angeschlossener Papierpresse bestellt – die größten Geräte, die damals europaweit auf dem Markt waren.

Als Käufer trat offiziell die Berliner KFZ GmbH auf. Die war damals von der Partei mit einem Darlehen über 20 Millionen Mark bedacht worden. Der Firmenvertreter hatte sich die Maschine auf der CeBIT in Hannover vorführen lassen und den Kaufpreis von 80 340 Mark gleich auf dem Messtend bezahlt – bar aus dem Koffer.

Wie bei der gigantischen Stasi-Aktenvernichtung fand freilich auch nicht jedes PDS-Blatt den Weg in den Reißwolf. Bartsch verpennte die von Gysi angeordnete Vernichtung: „Das verzeiht mir Gregor Gysi bis heute nicht, obwohl wir befreundet sind.“ Das „Hallo Dieti“-Schreiben wurde bei einer Durchsicherung in einer Aktentasche von Bartsch gefunden – und könnte den möglichen neuen Bürgermeister von Berlin nun in Erklärungsnot bringen.

MARTINA NIX, IRINA REPKE, HEINER SCHIMMÖLLER, ALEXANDER SMOLTZYK, PETER WENSIERSKI



11. SED-Parteitag (1986): Alugroschen um Alugroschen gesammelt